



HANDELS-, INDUSTRIE-,  
HANDWERKS- UND LAND-  
WIRTSCHAFTSKAMMER BOZEN

CAMERA DI COMMERCIO,  
INDUSTRIA, ARTIGIANATO  
E AGRICOLTURA DI BOLZANO

PARTNER DER WIRTSCHAFT

AL SERVIZIO DELL'ECONOMIA

**DREIJAHRSPAN ZUR  
KORRUPTIONSVOR-  
BEUGUNG UND  
TRANSPARENZ**

**ZEITRAUM 2021-2023**

**PIANO TRIENNALE PER LA  
PREVENZIONE DELLA  
CORRUZIONE E DELLA  
TRANSPARENZA**

**PERIODO 2021-2023**

Anlage zum Beschluss  
Nr. 000 vom 00.03.2021

Allegato alla deliberazione  
dd. 00.03.2021, n. 000

## Inhaltsverzeichnis

---

PRÄMISSE.....	3
1. EINFÜHRUNG: DAS EXTERNE UND DAS INTERNE UMFELD .....	4
1.1. Analyse des externen Umfeldes.....	4
1.2 Analyse des internen Umfeldes .....	5
2. DER PROZESS DER AUSARBEITUNG UND ANWENDUNG DES DPKT .....	6
2.1. Rollen und Verantwortungen.....	6
2.2. Die Einbindung der Stakeholder .....	6
3. RISIKOBEREICHE: DIE METHODOLOGIE .....	6
Bestandsaufnahme der Arbeitsabläufe .....	7
Risikobewertung.....	7
Risikobehandlung .....	7
Monitoring.....	7
3.1 Methoden, die bei der Risikoanalyse angewandt wurden.....	9
3.2 Risikoanalyse und -bewertung .....	10
Bereich A - Personalbeschaffung bzw. Aufstieg des Personals .....	10
3.3 Risikobehandlung.....	11
3.4 Die allgemeinen Maßnahmen der Korruptionsvorbeugung .....	11
3.5 Strategische Ziele .....	14
5 MONITORING UND AKTUALISIERUNG DES PLANS .....	15
5.1 Von der Kammer durchgeführtes Monitoring .....	15
5.2. Die Rolle des Unabhängigen Bewertungsgremiums (OIV).....	15
5.3. Berichterstattung an den Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und Transparenz .....	15
5.4. Jährlicher Bericht über die durchgeführten Tätigkeiten .....	16
6. ABSCHNITT TRANSPARENZ.....	16
6.1 Vorwort .....	16
6.2 Maßnahmen zur Umsetzung der Transparenzpflicht .....	16
6.3 Überwachung und Monitoring der Transparenzpflichten .....	17

## PRÄMISSE

Mit dem Gesetz Nr. 190 vom 6. November 2012 sind neue Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung der Korruption und Illegalität in der öffentlichen Verwaltung in die italienische Rechtsordnung eingeführt worden. Artikel 1 des obengenannten Gesetzes hat zudem den Begriff des „Risikos“ bestimmt; ein „Risiko“ ist demnach die Wahrscheinlichkeit, dass in bestimmten Organisations- oder Verwaltungsbereichen Korruptionsverhalten entstehen kann.

Um den Begriff „Korruption“ zu definieren und somit zum besseren Verständnis des vorliegenden Plans beizutragen, wird auf die Erklärung im Rundschreiben des Präsidiums des Ministerrates Nr. 1 vom 25. Jänner 2013 auf Seite 4 verwiesen:

„In diesem Zusammenhang muss der Begriff der Korruption im weiteren Sinne verstanden werden, und zwar als jedwede Situation, in welcher eine Person im Rahmen der Durchführung der Verwaltungstätigkeit die ihr anvertraute Befugnis zu ihrem persönlichen Vorteil missbraucht. Die jeweiligen Situationen sind daher offensichtlich viel weitreichender als in den Straftatbeständen, welche in den Artikeln 318, 319 und 319ter des Strafgesetzbuches wiedergegeben und geregelt sind, definiert. Außerdem sind auch jene Situationen mit einzuschließen, die nicht nur die gesamte Palette der Straftatbestände gegen die öffentliche Verwaltung, wie es im Titel II, Abschnitt I des Strafgesetzbuches geregelt ist, abdecken, sondern auch jene, in denen es – unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz – aufgrund der Verwendung der übertragenen Funktionen für persönliche Zwecke zu einem schlechten Funktionieren der öffentlichen Verwaltung kommt.“

Dieses Dokument wurde nun an die Gesetzesänderungen angepasst, die mit gesetzesvertretendem Dekret vom 25. Mai 2016, Nr. 97 zur „Überarbeitung und Vereinfachung der Bestimmungen in Bezug auf die Korruptionsvorbeugung, die Bekanntgabe und Transparenz zur Berichtigung des Gesetzes vom 6. November 2012, Nr. 190 und des gesetzesvertretenden Dekretes vom 14. März 2013, Nr. 33, im Sinne des Artikels 7 des Gesetzes vom 7. August 2015, Nr. 124 über die Neuordnung der öffentlichen Verwaltungen“ erlassen wurden.

In Bezug auf die wichtigsten vom GvD 97/2016 eingeführten Änderungen sei auf die Eingliederung des Dreijahresplans für Transparenz in den Dreijahresplan für die Korruptionsvorbeugung hingewiesen. Dieser Bestimmung zufolge müssen die Verwaltungen und verpflichteten Subjekte jedes Jahr einen einzigen Dreijahresplan zur Korruptionsvorbeugung und Transparenz (DPKT) ausarbeiten, in dem der Abschnitt über die Transparenz klar erkennbar ist. Der Gesetzgeber hat zudem die Notwendigkeit einer Abstimmung der im Dreijahresplan genannten strategischen Ziele mit anderen Plan-, Strategie- und Lenkungszielen der Verwaltung und mit dem Performanceplan betont. Dadurch sollen die Kohärenz und die tatsächliche Tragbarkeit der festgelegten Ziele sichergestellt werden.

Der vorliegende Plan 2021 – 2023 gilt auch für den Sonderbetrieb der Handelskammer „Institut für Wirtschaftsförderung“; mit Beschluss des Verwaltungsrates des Instituts für Wirtschaftsförderung Nr. 13 vom 25.10.2016 wurde die Gültigkeit des obgenannten Programmes auch auf den Sonderbetrieb ausgedehnt.

Der Plan wird jährlich im Sinne einer fließenden Programmierung erstellt. Dabei werden die neuen strategischen Ziele berücksichtigt, welche von den Führungsorganen, Gesetzesänderungen und Anweisungen der Antikorruptionsbehörde und von Unioncamere festgesetzt werden. Der Plan wird zudem jedes Mal, wenn wesentliche Änderungen in der Organisation der Verwaltung auftreten, aktualisiert.

Das Risikoverzeichnis wurde nach den Richtlinien von Unioncamere für die Handelskammern verfasst, um die auf nationaler Ebene durchgeführten Studien bezüglich Wahrscheinlichkeit und Auswirkung der Korruption auf die unterschiedlichen Abteilungen der Kammern zu berücksichtigen.

Die auf nationaler Ebene angewandten Muster sind sodann an die lokalen Bedürfnisse angepasst worden, um den Eigenheiten der Ämter und Abteilungen der Handelskammer Bozen im Vergleich zu anderen von Unioncamere berücksichtigten Kammern gerecht zu werden.

Mit der Pressemitteilung vom 7. Dezember 2020 hat die staatliche Antikorruptionsbehörde die Frist für die Anwendung und die Veröffentlichung des Dreijahresplanes für die Korruptionsvorbeugung und die

Transparenz 2021-2023 und die Ausarbeitung und Veröffentlichung des jährlichen Berichtes des Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und für Transparenz auf den 31. März 2021 aufgeschoben. Zudem hat die staatliche Antikorruptionsbehörde ein Muster für den jährlichen Bericht des Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und für Transparenz veröffentlicht und somit auch für das Jahr 2021 die fakultative Verwendung der Online-Plattform für die Einholung der Antikorruptionspläne bestätigt.

Schließlich sei noch vermerkt, dass für die regionale und lokale Verwaltung und die Körperschaften unter deren Kontrolle, wie eben die Handelskammer Bozen, die Erfüllungen und die jeweiligen vom Antikorruptionsgesetz vorgesehenen Fristen gemäß den Vereinbarungen vom 24. Juli 2013 der vereinigten Konferenz der Regierung, der Regionen und der Lokalkörperschaften zur Umsetzung des Gesetzes Nr. 190 vom 6. November 2012 definiert worden sind.

## EINFÜHRUNG

### 1. EINFÜHRUNG: DAS EXTERNE UND DAS INTERNE UMFELD

#### 1.1. Analyse des externen Umfeldes

Um das Umfeld dieses Plans genau umreißen zu können, ist zunächst ein rascher Blick auf den Tätigkeitsbereich der Handelskammer zu werfen, vor allem was die Faktoren betrifft, welche die Integrität der Kammer besonders beeinträchtigen könnten. Dazu gehören kriminalitätsbezogene, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Umfeldfaktoren, die sich auf die Korruptionsanfälligkeit der Verwaltung auswirken könnten. Die Autonome Region Trentino-Südtirol ist von einem sehr lebendigen Produktionssystem geprägt und reiht sich daher unter die europäischen Regionen mit einem größeren wirtschaftlichen Wohlbefinden und einem ausgeprägten Unternehmergeist.

Das Wirtschaftssystem, für das die Handelskammer Bozen tätig ist, umfasst über 55.000 aktive Unternehmen. Eine Wirtschaftsstruktur, die sich auf eine gesunde Konkurrenz und korrekte Marktverhältnisse stützt und so kontinuierlich wächst, ist aber auch ein fruchtbarer Boden für kriminelle Unterwanderungsversuche. Es ist leider nicht einfach, die Stufe der Anfälligkeit eines Gebietes in Bezug auf Korruptionsfälle oder Verbrechen im Allgemeinen zu belegen und statistisch aufzuzeigen. Es liegt nämlich in der Natur dieser Phänomene, schon bei ihrer Entstehung jeder Beobachtung zu entgehen (und dies gilt umso mehr für Korruptionsverbrechen, die sich von Mittäterschaft und Komplizenschaft der Beteiligten nähren). Dennoch ermöglichen die verfügbaren Dokumente, einige bedeutende Dynamiken aufzudecken.

Dazu gehört die seit längerem festgestellte Verlagerung in den Norden wichtiger wirtschaftlicher Interessen mit krimineller Ausrichtung; zudem haben sich in Norditalien auch Mafiaorganisationen verschiedenster Art niedergelassen, die sich dank der Wirtschaftskraft des Gebietes ausdehnen können. Eine Folge dieses Phänomens ist die allmähliche Zunahme des Ausmaßes der Korruptionsgefahr für Unternehmen und Verwaltungskörperschaften in den letzten Jahren.

Immer häufiger treten auf dem gesamten Staatsgebiet Unterwanderungen in der öffentlichen Verwaltung und beim Zuschlag von öffentlichen Aufträgen ans Licht, mit Korruptionsfällen, in die öffentliche Verwalter und Führungskräfte von öffentlichen Einrichtungen verwickelt sind, auch in Bereichen, die für die Allgemeinheit sehr wichtig sind, wie zum Beispiel im Gesundheitswesen. In vielen erhobenen Fällen haben eingesessene Mitglieder der traditionellen Mafiaorganisationen bewiesen, die von diesem Gebiet gebotenen Chancen ausschöpfen zu können, um kriminelle Dynamiken in Verbindung mit der legalen Wirtschaft zu entwickeln, wobei sie oft auch die wirtschaftliche Entwicklung durch Verbrechen der scheinbar „neuen Generation“ und die Produktion von damit verbundenen Gütern und Diensten vorweggenommen haben. Ein Beispiel: Im Bereich der Abfallwirtschaft haben verschiedene Ermittlungen in den letzten Jahren zahlreiche Korruptionsfälle aufgedeckt, so auch im Schmuggel und Handel von gefälschten Produkten.

## 1.2 Analyse des internen Umfeldes

Die Handelskammer ist eine autonome Körperschaft des öffentlichen Rechts, deren Ordnung gemäß Autonomiestatut durch Regionalgesetze geregelt ist. Zu den Aufgaben der Handelskammer Bozen gehören die Gesamtvertretung der Wirtschaft im Interesse der Südtiroler Unternehmen, die Beratung der öffentlichen Entscheidungsträger, die Wirtschaftsforschung, die Förderung der Wirtschaftsentwicklung, die Erbringung von wirtschaftsorientierten Dienstleistungen für die lokalen Betriebe sowie die Ausübung von verschiedenen hoheitlichen Aufgaben.

Ein besonders wichtiger Aspekt ist dabei die Autonomie: Die Wirtschaft entscheidet eigenständig über die Zusammenstellung der Kammerorgane und somit auch über das eigene Tätigkeitsprogramm.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Handelskammer Bozen gehören die Führung des Handelsregisters und der Berufsverzeichnisse, die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, die Digitalisierung der Unternehmen, die Registrierung von Patenten und Marken, der Umweltschutz, die Produktsicherheit, der Eichdienst, die Führung des Schiedsgerichtes, die Mediation und die Ausstellung von Außenhandelsdokumenten.

Die Handelskammer übt Funktionen der Unterstützung und der Förderung von allgemeinen Interessen der in ihrem Einzugsgebiet tätigen Unternehmen aus, die nicht dem Staat, den Regionen und der Autonomen Provinz zugeteilt sind. Mit den Gebietskörperschaften der Provinz möchte die Handelskammer im Sinne einer fruchtbringenden Ergänzung die Zusammenarbeit fördern.

### KAMMERORGANE

#### Präsident

Der Präsident führt die Funktion der gesetzlichen und substantiellen Vertretung der Kammer aus, bleibt fünf Jahre im Amt und kann vom Rat wiedergewählt werden. Der Präsident:

- vertritt die Kammer nach außen;
- beruft den Rat und Ausschuss ein und führt deren Vorsitz.

#### Kammerrat

Der Kammerrat ist ein Kollegialorgan der Körperschaft und besteht aus 48 Mitgliedern, die fünf Jahre im Amt bleiben. Der Kammerrat bestimmt die allgemeinen Richtlinien der Handelskammer und kontrolliert die Ausführung der wesentlichen Aufgaben, welche der Körperschaft vom Gesetz und vom Statut zugewiesen worden sind. Der Rat:

- wählt den Präsidenten und den Ausschuss;
- genehmigt die Satzung;
- beschließt die Gründung der Sonderbetriebe bzw. die Einrichtung von neuen Außenstellen;
- bestimmt die allgemeine Ausrichtung und das Mehrjahresprogramm;
- genehmigt den Haushaltsvoranschlag und den Jahresabschluss.

#### Kammerausschuss

Der Ausschuss ist ein exekutives Organ der Handelskammer und besteht aus zwölf vom Rat gewählten Mitgliedern, die die Kammerressourcen verwalten und nach den vom Rat festgelegten Richtlinien handeln. Der Ausschuss:

- bereitet den Haushaltsvoranschlag und den Jahresabschluss vor, um sie dem Kammerrat zur Genehmigung zu unterbreiten;
- definiert die Prioritäten, die Zielsetzungen und die durchzuführenden spezifischen Programme, sowie die dafür notwendigen Ressourcen;
- überprüft die Erreichung der Zielsetzungen;
- übt alle Tätigkeiten aus, welche nicht explizit dem Kammerrat vorbehalten sind.

Rechnungsprüfer

- Kontrollorgan der Handelskammer

## 2. DER PROZESS DER AUSARBEITUNG UND ANWENDUNG DES DPKT

### 2.1. Rollen und Verantwortungen

Mit dem Beschluss vom 22.07.2019, Nr. 104 wurde der Generalsekretär Dr. Alfred Aberer im Sinne der geltenden Gesetzesbestimmungen zum Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und für Transparenz (it. RPCT) ernannt. Die Wahl ist auf den Generalsekretär gefallen, da die Größe der Handelskammer Bozen dies erfordert und der Generalsekretär zudem diese Aufgabe effizienter und unparteiischer als der Direktor der Verwaltungsabteilung, der mehr in die riskanten Tätigkeiten der Körperschaft eingebunden ist, ausführen kann.

Die Handelskammer wird zudem in der Phase der Erstellung und Überprüfung der Inhalte des Plans vom Unabhängigen Bewertungsgremium (OIV) unterstützt. Dieses Gremium wacht über die korrekte Implementierung der im Dokument vorgesehenen Maßnahmen und führt alle Kontrollen durch, die vom Gesetz im Rahmen der transparenten Verwaltung vorgesehen sind.

### 2.2. Die Einbindung der Stakeholder

Die Handelskammer Bozen verfolgt bereits eine Strategie zur Einbindung der Stakeholder mit folgenden Mitteln:

- kontinuierlicher Kontakt zu den wichtigsten Stakeholdern; dies wird vor allem durch die Vertretung aller Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Verbraucherverbände in den Kammerorganen und den ständigen Austausch mit den einzelnen Gebieten durch lokale Beiräte gewährleistet; - periodisches und systematisches Monitoring der wichtigsten Trends der lokalen Wirtschaft und der wichtigsten sozialwirtschaftlichen Variablen;
- Untersuchung der Kundenzufriedenheit und Analyse der Wirksamkeit der Dienste, die periodisch durchgeführt werden, um sich mit den Benutzern auszutauschen, ihre Wahrnehmung und Erwartungen zu erheben und im Sinne einer kontinuierlichen Verbesserung der Dienstqualität ihre Bedürfnisse besser aufzugreifen; - Tag der Transparenz.

## 3. RISIKOBEREICHE: DIE METHODOLOGIE

Das „Korruptionsrisikomanagement“ ist der Prozess, in dem das Risiko gemessen wird und anschließend entsprechende Aktionen entwickelt werden, um die Wahrscheinlichkeit des Eintritts der Gefahr einzuschränken; durch den DPKT werden die Aktionen geplant. Dieser Prozess erfordert die Befragung des zuständigen Personals und die aktive Mitwirkung der Leiter der einzelnen Tätigkeitsbereiche.

Die wichtigsten Phasen des Risikomanagements sind:

1. Bestandsaufnahme der Arbeitsabläufe, Phasen und Tätigkeiten der typischen Tätigkeit der Handelskammer;
2. Risikobewertung für jeden einzelnen Arbeitsablauf, jede Phase und/oder Tätigkeit;
3. Risikobehandlung;
4. Monitoring.

## Bestandsaufnahme der Arbeitsabläufe

Bei der Bestandsaufnahme werden der Prozess mit seinen Phasen und Tätigkeiten sowie die damit verbundenen Verantwortungen genau definiert. Die Bestandsaufnahme muss von allen öffentlichen Verwaltungen, Gesellschaften und Körperschaften des Privatrechts, die von den öffentlichen Verwaltungen kontrolliert werden oder eine öffentliche Beteiligung aufweisen, sowie von den öffentlichen Wirtschaftskörperschaften für die vom Gesetz und vom nationalen Antikorruptionsplan ermittelten Risikobereiche durchgeführt werden (Bereich A: Personalbeschaffung bzw. Aufstieg des Personals; Bereich B: öffentliche Verträge; Bereich C: Maßnahmen zur Erweiterung der Rechtssphäre der Empfänger ohne direkte und unmittelbare wirtschaftliche Vorteile für den Empfänger; Bereich D: Maßnahmen zur Erweiterung der Rechtssphäre der Empfänger mit direktem und unmittelbarem wirtschaftlichem Vorteil für den Empfänger). Die vier Bereiche gliedern sich in Unterbereiche und in Abläufe, die in Anlage 2 des staatlichen Antikorruptionsplans 2013 und in den entsprechenden Aktualisierungen beschrieben sind.

## Risikobewertung

Die Risikobewertung wird für jeden einzelnen Arbeitsablauf, jede Phase und/oder Tätigkeit durchgeführt und umfasst:

- die Identifizierung des Risikos (Suche, Ermittlung und Beschreibung des Risikos) durch Befragung und Austausch mit den Beteiligten, Untersuchung vorhergehender Gerichtsfälle, etc.;
- die Ermittlung der risikofördernden Faktoren;
- die Risikoanalyse;
- die Ausarbeitung einer zusammenfassenden Bewertung und der entsprechenden Begründung, um so die prioritären Behandlungen beschließen zu können.

## Risikobehandlung

Sie besteht in der Ermittlung und Bewertung der Maßnahmen, die für die Neutralisierung oder Einschränkung des Korruptionsrisikos erforderlich sind. Zu diesem Zweck müssen Vorbeugungsmaßnahmen ermittelt und geprüft werden. Die Vorbeugungsmaßnahmen werden in „Pflichtmaßnahmen“ und „weitere Maßnahmen“ unterteilt: In Bezug auf die Pflichtmaßnahmen verfügt die öffentliche Verwaltung über keinerlei Ermessensfreiheit (sie kann höchstens den Zeitraum für die Implementierung der Maßnahmen festlegen, falls das Gesetz diesbezüglich nichts Genaueres vorsieht; in einem solchen Fall ist der vom DPKT festgelegte Zeitraum verbindlich). Die weiteren Maßnahmen werden hingegen aufgrund der geschätzten Kosten, der Auswirkung auf die Organisation und der ihnen zugeteilten Wirksamkeit von der Verwaltung bewertet.

In diesem Zusammenhang erklärt die staatliche Antikorruptionsbehörde in den Hinweisen zur Aktualisierung des Planes (Beschluss Nr. 12 vom 28.10.2015), dass die „Pflichtmaßnahmen“ weder wichtiger noch wirksamer als die „weiteren Maßnahmen“ sind. Die Behörde unterscheidet vielmehr zwischen „allgemeinen Maßnahmen“, die sich quer durch alle Bereiche der Verwaltung oder Körperschaft auf das gesamte System der Korruptionsvorbeugung auswirken, und den „spezifischen Maßnahmen“, die auf spezifische Probleme einwirken, welche durch die Risikoanalyse ermittelt wurden.

## Monitoring

Mit dieser Phase soll die Wirksamkeit der eingeführten Vorbeugungssysteme geprüft werden; sie wird von allen Subjekten umgesetzt, die am gesamten Risikomanagementprozess beteiligt sind.

Die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen kann direkt vom Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und für Transparenz und seinem Team im Regelfall in Bezug auf Arbeitsabläufe und Maßnahmen in den ermittelten Risikobereichen und in außerordentlichen Fällen in Bezug auf Arbeitsabläufe, für die unabhängig von ihrer Risikoeinstufung infolge von Meldungen, Eingriffen der Gerichtsbehörde usw., besonders schwerwiegende Situationen ans Licht gekommen sind, durchgeführt werden.

Das Gesetz 190/2012 schreibt die jährliche Aktualisierung des Dreijahresplanes für die Korruptionsvorbeugung (DPKT) vor.

Eines der tragenden Elemente des DPKT ist bekanntlich, und laut den geltenden Normen und den Hinweisen im staatlichen Antikorruptionsplan in geltender Fassung, die Analyse der Arbeitsabläufe zur Ermittlung möglicher Risiken der *maladministration* und die darauffolgende Festlegung von Vorbeugungsmaßnahmen, bzw. von Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos. Diese Maßnahmen gliedern sich in „Pflichtmaßnahmen“, die in den Gesetzesvorschriften enthalten sind, und in „weitere Maßnahmen“, die eine organisatorische Bedeutung haben und auf die einzelne verantwortliche Einheit des betroffenen Arbeitsablaufes oder übergreifend auf die gesamte Organisation einwirken.

In Hinblick auf die Aktualisierung des DPKT hat der Verantwortliche für die Korruptionsvorbeugung und Transparenz 2019 die im Vorjahr begonnene Arbeit fortgesetzt und die Analyse und Bestandsaufnahme der Risiken und beschriebenen Arbeitsabläufe ausgedehnt und vertieft. Die Analysetätigkeiten stützen sich dabei auf die Workshop-Methode bzw. die Bildung von Arbeitsgruppen, die sich mit Folgendem beschäftigt haben:

- eingehende Untersuchung der Inhalte der ursprünglichen Analysen, die zur Ausarbeitung und Genehmigung des jetzigen DPKT geführt haben, und Bestätigung derselben;
- Bestandsaufnahme aller Arbeitsabläufe und Ermittlung neuer Arten von Arbeitsabläufen, entsprechenden Risiken und risikofördernden Faktoren, sofern dies für den Ausbau der anfänglichen Analyse für angemessen erachtet wurde;
- Vorschlag von Pflichtmaßnahmen und weiteren Maßnahmen für jeden Arbeitsablauf, jede Phase und Tätigkeit;
- Vorschlag einer Risikobewertung für alle risikobehafteten Arbeitsabläufe, Phasen und Tätigkeiten unter Befolgung der im DPKT definierten und nachfolgend beschriebenen Vorgangsweisen.

### 3.1 Methoden, die bei der Risikoanalyse angewandt wurden

Die Vorgangsweisen im Einsatz der Blätter für die Erhebung der Risiken der Arbeitsabläufe stützen sich auf den staatlichen Antikorruptionsplan und seine Aktualisierungen, die einzelne Anlagen vorschlagen, um eine Reihe von nützlichen Variablen für das Risikomanagement nachverfolgen zu können.

Die verwendeten Blätter umfassen insbesondere die Bereiche, die vom Gesetz angegeben sind, sowie die Bereiche, die später von der staatlichen Antikorruptionsbehörde und von der Kammer aufgrund der eigenen spezifischen Merkmale ermittelt wurden.

Die Blätter zur Erhebung der Analyseschwerpunkte der vier Pflichtbereiche, die in Anlage 2 des staatlichen Antikorruptionsplans 2013 angegeben sind, sowie der spezifischen Bereiche haben die Vertiefung folgender Aspekte ermöglicht:

- die möglichen Korruptionsrisiken für jeden Bereich, Arbeitsablauf, Phase/Tätigkeit (eingeteilt in Gruppen, welche die staatliche Antikorruptionsbehörde für das Monitoring des DPKT auf der im Juli 2019 geschaffenen Plattform genannt hat). Diese Gruppen sind:
  - A. Kontrollmaßnahmen
  - B. Transparenzmaßnahmen
  - C. Maßnahmen zur Definition und Förderung der Ethik und der Verhaltensstandards
  - D. Regelungsmaßnahmen
  - E. Vereinfachungsmaßnahmen
  - F. Weiterbildungsmaßnahmen
  - G. Rotationsmaßnahmen
  - H. Maßnahmen zur Regelung von Interessenskonflikten
  - I. Andere Maßnahmen (Organisation, Meldungen und Schutz, Management der Beziehungen zu Wirtschaftskategorien, etc.);
- für jedes Risiko die risikofördernden Faktoren; d.h. a) Mangel an Maßnahmen für die Risikobehandlung (Kontrollen); b) mangelnde Transparenz; c) übermäßige Regelungen, Komplexität und mangelnde Klarheit der Bezugsnormen; d) längere und ausschließliche Ausübung der Verantwortung für einen Arbeitsablauf seitens weniger Personen bzw. durch eine einzige Person; e) ungenügende interne Verantwortlichkeit; f) unangemessene oder fehlende Kompetenzen des für die Arbeitsabläufe zuständigen Personals; g) ungenügende Verbreitung der Kultur der Legalität; h) mangelnde Berücksichtigung des Prinzips der Unterscheidung zwischen Politik und Verwaltung. i) organisatorische Mängel - z.B. übermäßige Arbeitsbelastung, Personalmangel, ungenügende Teilung der Arbeit, etc.; j) Kontrollmangel;
- für jeden Arbeitsablauf, Phase/Tätigkeit und für jedes Risiko die Pflichtmaßnahmen und/oder die weiteren Maßnahmen (die als spezifisch bezeichnet sind), welche für die Bekämpfung des Risikofalls erforderlich sind;
- die allgemeinen oder übergreifenden Maßnahmen, die mit Bezug auf die gesamte Organisation oder auf mehrere Bereiche behandelt werden;
- für jeden Arbeitsablauf und jede Maßnahme die entsprechend verantwortliche Person;
- für jede Maßnahme den entsprechenden Indikator und das entsprechende Ziel;
- für jede Maßnahme die Frist, innerhalb der diese umgesetzt werden muss, um das Risiko möglichst zu verhindern.

Im weiteren Risikomanagementsablauf stützt sich die Risikobewertung auf die Angaben im neuen staatlichen Antikorruptionsplan von 2019 bezüglich der Bewertung des Risikogrades der Arbeitsabläufe. Es wurde somit beschlossen, diesen Plan an die staatlichen Angaben im Antikorruptionsplan von 2019 anzupassen, was die Begründung der Risikomessung betrifft; neben der Bewertung und Einstufung des Risikos wird nun auch eine qualitative Begründung angeführt, um den logischen Gedankengang besser verstehen zu können. Hier ein Beispiel:

Zusammenfassendes Urteil (Gesamtbewertung des Grades der Korruptionsgefährdung)	Begründung der Bewertung und unterstützende Daten
<b>Mittel-hoch</b>	Mit Bezug auf diesen Arbeitsablauf wird das Risiko als mittel-hoch eingestuft, da es sich in Anbetracht der ermittelten Risiken und der risikofördernden Faktoren (mangelnde Transparenz und Mangel an Kontrollen) um einen komplexen Arbeitsablauf handelt, in den wirtschaftliche Interessen, ein hoher Ermessensspielraum und bedeutende Auswirkungen auf das Ansehen der Kammer mit einfließen. Die Kammer wendet daher Transparenz- und Kontrollmaßnahmen in den typischen Phasen des untersuchten Arbeitsablaufes an und berücksichtigt dabei die typischen Merkmale der Phasen.

Die für die Risikobewertung verwendeten Blätter schlagen aufgrund der bisher gesammelten Erfahrungen vier Risikostufen vor: NIEDRIG (von 0 bis 4), MITTEL (von 4,01 bis 9), MITTEL-HOCH (von 9,01 bis 14), HOCH (von 14,01 bis 25).



### 3.3 Risikobehandlung

Die letzte Phase des Risikomanagementprozesses, d.h. die Risikobehandlung, sah die Ermittlung der Maßnahmen zur Neutralisierung oder zumindest zur Einschränkung der Korruptionsrisiken vor, die nach der Bestandsaufnahme und der Risikobewertung festgestellt wurden.

Die Richtlinien der staatlichen Antikorruptionsbehörde - wie bereits einleitend erwähnt - führen folgende Mindestmaßnahmen an:

- *Verhaltenskodex;*
- *Transparenz;*
- *spezifische Nichterteilbarkeit von Aufträgen als Verwalter und von Führungsaufträgen;*
- *spezifische Unvereinbarkeit bei Aufträgen als Verwalter und Führungsaufträgen;*
- *Tätigkeiten nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses als öffentliche Bedienstete;*
- *Weiterbildung;*
- *Schutz des Beschäftigten, der ein rechtswidriges Verhalten meldet;*
- *Rotation oder alternative Maßnahmen;*
- *Monitoring.*

Bei der Anwendung von Vorbeugemaßnahmen wurde das bestehende interne Kontrollsystem mitberücksichtigt.

### 3.4 Die allgemeinen Maßnahmen der Korruptionsvorbeugung

Der DPKT muss eine Reihe von Maßnahmen und Aktionen für die Korruptionsvorbeugung angeben, die den neuen Bestimmungen und der neuen Fassung des staatlichen Antikorruptionsplans entsprechen müssen.

Es folgt die Liste der Korruptionsvorbeugungsmaßnahmen, welche die Kammer anwenden wird. Einige waren bereits in den vorhergehenden Jahren vorgesehen, andere werden in Hinblick auf die neuen Gesetzesbestimmungen neu eingeführt.

Art der Maßnahme (laut staatlichem Antikorruptionsplan 2019)	Vorbeugungsmaßnahme	Beschreibung	Verantwortliche	Fristen
<b>Subjektive Unparteilichkeit der öffentlichen Beamten</b>	Maßnahmen für den Zugang / Verbleiben im Amt / öffentliches Amt (politische Bestellungen)	Anwendung der Bestimmungen für den Zugang und das Verbleiben im Amt	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Dreijahreszeitraum 2021 - 2023
<b>Subjektive Unparteilichkeit der öffentlichen Beamten</b>	Außerordentliche Rotation	Anwendung der Bestimmungen bezüglich Rotation	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Dreijahreszeitraum 2021 - 2023

<b>Subjektive Unparteilichkeit der öffentlichen Beamten</b>	Verhaltensvorschriften: Verhaltenskodex.	Einhaltung Verhaltenskodex. Insbesondere: 1. Verbot für Führungskräfte und Beschäftigte, die in Tätigkeiten mit hohem Korruptionsrisiko eingesetzt werden, Geschenke oder sonstige Vorteile anzunehmen; 2. Verbot, entlohnte Aufträge von Privatpersonen anzunehmen, zu denen sie in den letzten 2 Jahren, auch als Verfahrensverantwortliche, im Zuge der Abwicklung von Verhandlungstätigkeiten oder in der Ausübung von Verfügungsbefugnissen auf Rechnung der Körperschaft Beziehungen gepflegt haben; 3. Pflicht, auch nur möglicherweise bestehende Interessenskonflikte zu melden; 4. Verbot, die bekleidete Position auszunützen oder zu erwähnen, um Vorteile zu erzielen; 5. Verbot, Verhaltensweisen einzunehmen, welche dem Ansehen der Handelskammer schaden könnten; 6. Verwendung der Güter und der Strukturen, der Materialien und zur Verfügung gestellten Fahrzeuge, der Telefonleitungen und Leitungen der Handelskammer ausschließlich zur Ausübung ihrer dienstlichen Aufgaben unter Beachtung der von der Handelskammer gesetzten Grenzen; 7. In den Beziehungen zu den Empfängern seiner Tätigkeit richtet sich der Beschäftigte in seinen Handlungen und Verhaltensweisen nach den Grundsätzen der guten Erziehung, Korrektheit, Vollständigkeit und Transparenz der Informationen.	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Dreijahreszeitraum 2021 - 2023
<b>Subjektive Unparteilichkeit der öffentlichen Beamten</b>	Maßnahmen zur Regelung von Interessenskonflikten	- Keine Anwendung von Gutachten, technischen Bewertungen, Verfahrensakten und abschließenden Verfügungen seitens Personen, die einem Interessenskonflikt unterliegen. - Die Modalitäten für die Bewertung und Meldung der Konfliktsituationen sind vom Ethikkodex geregelt, der allen Empfängern mitgeteilt wird. - Anwendung der Bestimmungen bezüglich Interessenskonflikten	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Dreijahreszeitraum 2021 - 2023
<b>Subjektive Unparteilichkeit der öffentlichen Beamten</b>	Maßnahmen der Nichterteilbarkeit / Unvereinbarkeit	- Anwendung der Bestimmungen bezüglich Nichterteilbarkeit / Unvereinbarkeit	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Dreijahreszeitraum 2021 - 2023
<b>Subjektive Unparteilichkeit der öffentlichen Beamten</b>	Maßnahmen zur Korruptionsvorbeugung bei Bildung von Kommissionen und Zuteilung zu den Ämtern	Anwendung des Verhaltenskodex und der Bestimmungen für die Bildung von Kommissionen und Zuteilung zu den Ämtern	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Dreijahreszeitraum 2021 - 2023

<b>DPKT und Weiterbildung</b>	Weiterbildungsmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Allgemeine Weiterbildung für alle Bediensteten zur Aktualisierung der Kompetenzen und im Bereich der Ethik und Legalität</li> <li>- Spezifische Weiterbildung für den Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und für Transparenz, die Mitglieder der Kontrollorgane, die Führungskräfte und Beamte der Risikobereiche zur Aufwertung der Strategien, Programme und Instrumente, die für die Vorbeugung eingesetzt werden, sowie zur Vertiefung von Bereichsthemen je nach Funktion der einzelnen Person innerhalb der Handelskammer</li> <li>- Weiterbildung über die Phasen und erforderlichen Kompetenzen für die Erstellung und Überarbeitung des DPKT</li> </ul>	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Dreijahreszeitraum 2021 - 2023
<b>DPKT und ordentliche Rotation</b>	Rotationsmaßnahmen	<p>Aufgrund der Struktur und der beschränkten Größe der Handelskammer ist die Anwendung von Rotationsverfahren nicht möglich. Wie von der staatlichen Antikorruptionsbehörde im Beschluss Nr. 8/2015 und im staatlichen Antikorruptionsplan von 2019 angegeben, wird als Alternative zur Rotation die Trennung der Kompetenzen (sog. „Trennung der Funktionen“) angewandt, welche folgende Aufgaben auf verschiedene Personen aufteilt: a) Durchführung von Ermittlungen und Feststellungen; b) Treffen von Entscheidungen; c) Umsetzung der getroffenen Entscheidungen; d) Durchführung von Überprüfungen.</p>	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Dreijahreszeitraum 2021 - 2023
<b>Transparenz</b>	Transparenzmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einhaltung der Bekanntmachungspflichten gemäß GVD Nr. 33/2013.</li> <li>- Erfüllung der Bestimmungen bezüglich Bekanntmachung gemäß Kodex GVD 50/2016;</li> <li>- Befolgung des GVD 97/2016 - Revision und Vereinfachung der Bestimmungen bezüglich Korruptionsvorbeugung, Bekanntmachung und Transparenz, unter Berichtigung des Gesetzes 6. November 2012, Nr. 190 und des gesetzesvertretenden Dekretes 14. März 2013, Nr. 33, im Sinne des Artikels 7 des Gesetzes vom 7. August 2015, Nr. 124 über die Neuorganisation der öffentlichen Verwaltungen</li> <li>- Veröffentlichung der Informationen in Bezug auf Aufträge, Verfahren (z.B. Zuschläge) und Jahresabschlüsse auf der Website (stellt ein grundlegendes Verfahren für die Kontrolle seitens des Bürgers und/oder Benutzers der Entscheidungen über Korruptionsvorbeugung, die von diesem Plan geregelt werden, dar).</li> </ul>	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Dreijahreszeitraum 2021 - 2023
<b>Whistleblowing</b>	Melde- und Schutzmaßnahmen	<p>Gewährleistung der Beachtung des Art. 54bis GVD 165/2001 über den Schutz der Geheimhaltung der Personen, die Meldungen vornehmen, um Benachteiligungen auszuschließen und zur Mitarbeit in der Korruptionsvorbeugung anzuregen.</p>	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Dreijahreszeitraum 2021 - 2023

<b>Kontrolle</b>	Kontrollmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchführung von Kontrollen über die Tätigkeiten der Handelskammer mit Modalitäten, welche die Überprüfung der Einhaltung der geltenden Bestimmungen zur Vorbeugung und Bekämpfung der Korruption und insbesondere der Anwendung der von diesem Plan vorgesehenen Maßnahmen gewährleisten.</li> <li>- Bei der Abfassung der Endverfügungen müssen die zuständigen Führungskräfte und Verantwortlichen darauf achten, dass in der Präambel eine vollständige und ausführliche Begründung angeführt wird, mit Angabe der vorausgehenden Fakten und der rechtlichen Gründe, welche zum Beschluss der Handelskammer führen, auch mit Bezugnahme auf die Ergebnisse der Untersuchungsverfahren, damit alle den Inhalt der Verfügungen gut verstehen können.</li> </ul>	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Dreijahreszeitraum 2021 - 2023
------------------	-------------------	--	---------------------------------------	-----------------------------------

### 3.5 Strategische Ziele

Der Begriff Korruption, der für die Erstellung dieses DPKT als Bezug herzunehmen ist, ist sehr weitläufig, da er alle Situationen umfasst, in denen eine Person die ihr zugeteilte Befugnis bzw. Funktion missbraucht, um einen persönlichen Vorteil zu erzielen. Die in Frage kommenden Situationen umfassen nicht nur die gesamte Palette der Straftatbestände gegen die öffentliche Verwaltung, wie sie im 2. Buch, Titel II, Abschnitt I des Strafgesetzbuches geregelt sind, sondern auch jene Situationen, in denen es – unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz – aufgrund der Verwendung der übertragenen Funktionen zu persönlichen Zwecken zu einem schlechten Funktionieren der öffentlichen Verwaltung, bzw. zur Beeinträchtigung der Verwaltungshandlung *ab externo* kommt, wobei es keine Rolle spielt, ob diese Aktion erfolgreich ist oder nur ein Versuch bleibt.

Insbesondere soll/sollen aufgrund der obengenannten allgemeinen Überlegungen:

- hervorgehoben werden, dass die Handelskammer die von den Gesetzesvorschriften vorgesehenen Korruptionsvorbeugungsmaßnahmen angewandt hat;
- die gesetzlichen Vorschriften erfüllt werden;
- Korruptionsfällen bei Verhaltensweisen vorgebeugt werden, in denen ein Missbrauch der Befugnis/Funktion des Personals der Handelskammer zwecks Erlangung eines persönlichen Vorteils erkennbar ist.

In diesem Zusammenhang, wie ausdrücklich von Art. 1 Absatz 8 des Gesetzes Nr. 190/2012, abgeändert mit GVD Nr. 97/2016 (sog. „Decreto FOIA“) vorgesehen, ist die Handelskammer mit der Genehmigung dieses Planes der Auffassung, dass die strategischen Ziele für die Korruptionsvorbeugung 2021 und die nachfolgenden Jahre Folgendes vorsehen müssen:

- Abschluss von Vereinbarungsprotokollen mit dem Regierungskommissariat und den Ordnungshütern, um das Phänomen der Korruption und der Unterwanderung in der lokalen Wirtschaft zu bekämpfen.
- Einholung von Erklärungen über eventuelle Gründe der Nichterteilbarkeit / Unvereinbarkeit.
- Genehmigung des Antikorruptionsplans mit Beschluss des Kammerausschusses und der entsprechenden Überarbeitungen.
- Aktivierung und Implementation interner Kontrollsysteme.
- Veröffentlichung auf der Seite „Transparente Verwaltung“ aller Informationen und Dokumente, die von den geltenden Gesetzesbestimmungen vorgeschrieben sind.
- Unterstützung des Unabhängigen Bewertungsgremiums (OIV) im Monitoring über die Erfüllung der Kontroll- und Veröffentlichungspflichten.

- Organisation von Ausbildungstätigkeiten zu den Themen Korruptionsvorbeugung, Verhaltenskodex, Transparenz und Legalität.

## **5 MONITORING UND AKTUALISIERUNG DES PLANS**

### **5.1 Von der Kammer durchgeführtes Monitoring**

Das Risikomanagement wird durch das Monitoring vervollständigt, welches die Bewertung der Risikostufe unter Berücksichtigung der Ergebnisse der eingeführten Vorbeugungsmaßnahmen vorsieht. Mit dieser Phase, die von denselben Personen umgesetzt wird, die sich am Risikomanagementprozess beteiligen, soll die Wirksamkeit der eingeführten Vorbeugungssysteme geprüft werden, um gegebenenfalls weitere Strategien hinzuzufügen.

Der Verantwortliche für die Korruptionsvorbeugung führt das Monitoring über die Umsetzung des Planes für die Korruptionsvorbeugung aus, indem er im Laufe des Jahres Verfahren für die Erhebung der Tauglichkeit des Planes umsetzt.

### **5.2. Die Rolle des Unabhängigen Bewertungsgremiums (OIV)**

Aus GVD 97/2016 geht zudem der Wille hervor, mehr Kommunikation zwischen den Tätigkeiten des Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und für Transparenz und jenen des Unabhängigen Bewertungsgremiums zu gewährleisten. Ziel ist es, die Ziele der Performance der Organisation und die Umsetzung der Vorbeugungsmaßnahmen miteinander zu verbinden. Das Unabhängige Bewertungsgremium kann den Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und für Transparenz um Auskünfte und Übermittlung der Dokumente ersuchen, die für die Abwicklung der ihm zustehenden Kontrolltätigkeit erforderlich sind (Art. 41, Absatz 1 Buchstabe h), GVD 97/2016). Wie von Art. 41, Absatz 1, Buchstabe l), GVD 97/2016 vorgesehen, wird der Jahresbericht des Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und für Transparenz, der die Ergebnisse der durchgeführten Tätigkeit enthält, nicht nur dem Weisungsorgan der Verwaltung, sondern auch dem Unabhängigen Bewertungsgremium übermittelt.

### **5.3. Berichterstattung an den Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und Transparenz**

Der Verantwortliche für Korruptionsvorbeugung kann bei der Ausführung der ihm zugeteilten Funktionen zwecks Vorbeugung und Kontrolle des Risikos in Verbindung mit möglichen Korruptionsfällen:

- jederzeit auf eigene Initiative oder auf Hinweis des Verantwortlichen einer Struktur von den Bediensteten, welche die Endverfügung ausgearbeitet haben, eine schriftliche Begründung der Umstände und der rechtlichen Grundlagen der Verfügung fordern;
- jederzeit Überprüfungen anstellen und von allen Bediensteten schriftliche und mündliche Erklärungen zu Verhaltensweisen anfordern, welche auch nur möglicherweise Korruption und Illegalität darstellen könnten;
- jederzeit auch mit Vornahme von Inspektionen und Überprüfungen in den Ämtern der Kammer die Verantwortlichen um Auskünfte über den Abschluss der Verwaltungsverfahren, für die sie zuständig sind, ersuchen;
- jederzeit Inspektionen und Überprüfungen in jedem Amt der Kammer durchführen, um die Einhaltung der Grundsätze der Korrektheit und Rechtmäßigkeit der laufenden oder bereits abgeschlossenen Verfahren zu überprüfen.

Der Verantwortliche für die Korruptionsvorbeugung kann nicht-anonyme Meldungen von Interessenträgern berücksichtigen, die ausreichend genau ausgeführt sind und ungewöhnliche Situationen und die Möglichkeit einer Korruptionsgefahr aufzeigen.

#### **5.4. Jährlicher Bericht über die durchgeführten Tätigkeiten**

Im Sinne des Art. 1 Absatz 14 des Gesetzes 190/2012, ersetzt durch Art. 41 GVD 97/2016, übermittelt der Verantwortliche für die Korruptionsvorbeugung und Transparenz jedes Jahr innerhalb 15. Dezember dem Unabhängigen Bewertungsgremium und dem Leitungsorgan der Verwaltung einen Bericht mit den Ergebnissen der durchgeführten Tätigkeit.

### **6. ABSCHNITT TRANSPARENZ**

#### **6.1 Vorwort**

Das Regionalgesetz vom 29. Oktober 2014, Nr. 10, abgeändert durch Regionalgesetz vom 15. Dezember 2016, Nr. 16 hat die Pflichten der Bekanntmachung, Transparenz und Verbreitung von Informationen seitens der öffentlichen Verwaltungen im Sinne des Gesetzes vom 6. November 2012, Nr. 190 mit Übernahme der Bestimmungen des gesetzesvertretenden Dekrets vom 14. März 2013, Nr. 33 in geltender Fassung mit Ausnahme des Artikels 12 Absatz 1-bis, des Artikels 15, des Artikels 29, des Artikels 32, der Artikel 35 bis 41 und des Artikels 44 erster Satz festgelegt.

Mit Beschluss des Verwaltungsrates des Instituts vom 25.10.2016, Nr. 13 wurde die Gültigkeit des obengenannten Dokuments auch auf den Sonderbetrieb der Handelskammer ausgedehnt.

Das zuvor genannte Regionalgesetz sieht nicht die Genehmigung des Planes für Transparenz vor. Die Handelskammer Bozen hat es aber dennoch für angemessen befunden, die Bestimmungen des gesetzesvertretenden Dekrets vom 25. Mai 2016, Nr. 97 anzuwenden und somit die Richtlinien für die Ausarbeitung der für die Transparenz erforderlichen und vom Gesetz vorgesehenen Maßnahmen in diesen Abschnitt einzufügen und sie auf der Internetseite der Körperschaften zu veröffentlichen.

Die Tätigkeit der Körperschaft 2021 – 2023 fokussiert sich dabei vorwiegend auf die Festigung und Aktualisierung des Bereiches „Transparente Verwaltung“ auf der Internetseite der Handelskammer Bozen im Sinne der Regionalgesetze Nr. 10/2014 und Nr. 16/2016.

#### **6.2 Maßnahmen zur Umsetzung der Transparenzpflicht**

Die Handelskammer Bozen ist verpflichtet, die Qualität der in ihren offiziellen Websites enthaltenen Informationen unter Beachtung der gesetzlich vorgesehenen Veröffentlichungspflicht zu garantieren und deren Integrität, ständige Aktualisierung, Vollständigkeit, Zügigkeit, einfache Einsichtnahme, Verständlichkeit, Einheitlichkeit, einfache Zugänglichkeit sowie die Übereinstimmung mit den bei der Verwaltung vorliegenden Originaldokumenten, die Angabe ihrer Herkunft und die Wiederverwendbarkeit zu gewährleisten.

In diesem Plan wurden infolge des Inkrafttretens des GvD 97/2016, welcher Änderungen am GvD 33/2013 vorsieht, die Inhalte des alten Dreijahresprogramms für Transparenz und Integrität übernommen; der Plan enthält somit alle Angaben, um die Dokumente und Akten, welche der Pflicht zur Bekanntgabe unterliegen, auf folgende Weise zu veröffentlichen:

- in einfacher und deutlicher Form, um für die Einsicht nehmenden Personen leicht verständlich zu sein;
- vollständig im Inhalt und mit allen Anlagen, die wesentlicher Teil der Akte sind;

- mit Angabe ihrer Herkunft und nach Bescheinigung der Konformität mit der in der Verwaltung aufliegenden Urschrift;
- rechtzeitig, auf jeden Fall innerhalb von 3 Tagen ab Wirksamwerden;
- für einen Zeitraum von 5 Jahren ab 1. Jänner des Folgejahres nach dem Jahr, in dem die Pflicht zur Bekanntgabe beginnt. Akten, deren Wirksamkeit mehr als 5 Jahre dauert, müssen auf jeden Fall bis zum entsprechenden Datum veröffentlicht werden. Bei Verfall der Frist werden sie in verschiedenen Archivbereichen aufbewahrt und zur Verfügung gestellt;
- im offenen Format im Sinne des Artikels 68 des Gesetzbuches für die digitale Verwaltung gemäß GvD 82/2005; sie können nach Maßgabe des GvD 196/2003 ohne weitere Einschränkungen und nur mit der Pflicht, die Quelle anzugeben und die Integrität derselben zu wahren, wiederverwendet werden.

### **6.3 Überwachung und Monitoring der Transparenzpflichten**

Der Verantwortliche für die Transparenz und das Unabhängige Bewertungsgremium führen das Monitoring über die Umsetzung des Abschnittes über die Transparenz im Plan für die Korruptionsvorbeugung durch, indem sie im Laufe des Jahres Verfahren zur Kontrolle der Eignung des Planes umsetzen.

## Indice

---

PREMESSA.....	19
<u>1. INTRODUZIONE: IL CONTESTO ESTERNO E IL CONTESTO INTERNO</u> .....	20
<u>1.1 Analisi del contesto esterno</u> .....	20
<u>1.2 Analisi del contesto interno</u> .....	21
<u>2. IL PROCESSO DI ELABORAZIONE E ADOZIONE DEL P.T.P.C.T.</u> .....	21
<u>2.1. Ruoli e responsabilità</u> .....	22
<u>2.2. Il coinvolgimento degli stakeholder</u> .....	22
<u>3. AREE DI RISCHIO: METODOLOGIA</u> .....	22
<u>Mappatura dei processi</u> .....	22
<u>Valutazione del rischio</u> .....	23
<u>Trattamento del rischio</u> .....	23
<u>Monitoraggio</u> .....	23
<u>3.1 Metodologia seguita nel processo di analisi dei rischi</u> .....	25
<u>3.2 Analisi e valutazione dei rischi</u> .....	26
<u>Area A - Acquisizione e progressione del personale</u> .....	26
<u>3.3 Trattamento del rischio</u> .....	27
<u>3.4 Le misure anticorruzione generali</u> .....	27
<u>3.5 Obiettivi strategici</u> .....	30
<u>5 MONITORAGGIO E AGGIORNAMENTO DEL PIANO</u> .....	30
<u>5.1 Monitoraggio effettuato dalla Camera</u> .....	30
<u>5.2 Ruolo dell'OIV</u> .....	30
<u>5.3. Attività di Reporting verso il Responsabile della prevenzione della corruzione e della trasparenza</u> .....	31
<u>5.4. Relazione annuale sulle attività svolte</u> .....	31
<u>6. SEZIONE TRASPARENZA</u> .....	31
<u>6.1 Premessa</u> .....	31
<u>6.2 Misure per l'attuazione degli obblighi di trasparenza</u> .....	32
<u>6.3 Vigilanza e monitoraggio sugli obblighi in materia di trasparenza</u> .....	32

## PREMESSA

---

Con la legge 6 novembre 2012, n.190, sono state introdotte nell'ordinamento italiano nuove misure per la prevenzione e il contrasto della corruzione e dell'illegalità nelle pubbliche amministrazioni. L'art. 1 della suddetta legge ha introdotto nell'ordinamento la nuova nozione di "rischio", intesa come possibilità che in precisi ambiti organizzativo/gestionali possano verificarsi comportamenti corruttivi.

Per fornire una definizione di "corruzione" funzionale alla comprensione del presente piano, si riporta la sua nozione così come individuata dalla circolare n. 1 della Presidenza del Consiglio dei Ministri del 25 gennaio 2013, pagina 4:

"il concetto di corruzione deve essere inteso in senso lato, come comprensivo delle varie situazioni in cui, nel corso dell'attività amministrativa, si riscontri l'abuso da parte di un soggetto del potere a lui affidato al fine di ottenere vantaggi privati. Le situazioni rilevanti sono quindi evidentemente più ampie della fattispecie penalistica, che, come noto, è disciplinata negli artt. 318, 319 e 319 ter, c.p., e sono tali da comprendere non solo l'intera gamma dei delitti contro la pubblica amministrazione disciplinati nel Titolo II, Capo I, del codice penale, ma anche le situazioni in cui - a prescindere dalla rilevanza penale - venga in evidenza un malfunzionamento dell'amministrazione a causa dell'uso a fini privati delle funzioni attribuite."

Il presente documento è stato aggiornato per adeguarsi alle rilevanti modifiche legislative intervenute recentemente con il decreto legislativo 25 maggio 2016, n. 97, avente per oggetto "Revisione e semplificazione delle disposizioni in materia di prevenzione della corruzione, pubblicità e trasparenza, correttivo della legge 6 novembre 2012, n. 190 e del decreto legislativo 14 marzo 2013, n. 33, ai sensi dell'articolo 7 della legge 7 agosto 2015, n. 124, in materia di riorganizzazione delle amministrazioni pubbliche".

Tra le modifiche più importanti introdotte dal D.Lgs. n. 97/2016 si evidenzia quella della piena integrazione del Programma triennale della trasparenza e dell'integrità nel Piano Triennale di Prevenzione della Corruzione. Pertanto, le amministrazioni e gli altri soggetti obbligati sono tenuti ad adottare, annualmente, un unico Piano Triennale di Prevenzione della Corruzione e della Trasparenza (PTPCT) in cui sia chiaramente identificata la sezione relativa alla trasparenza. Il legislatore ha inoltre rafforzato la necessità che sia assicurato il coordinamento tra gli obiettivi strategici in materia di anticorruzione e trasparenza contenuti nel PTPCT e gli obiettivi degli altri documenti di natura programmatica e strategico-gestionale dell'amministrazione, nonché con il Piano della performance. Ciò al fine di garantire la coerenza e l'effettiva sostenibilità degli obiettivi posti.

Il presente piano, relativo al periodo 2021 – 2023, viene redatto anche per l'azienda speciale camerale "Istituto per la promozione dello sviluppo economico"; con deliberazione del Consiglio di amministrazione dell'Istituto dd. 25.10.2016, n. 13 la validità del suddetto documento è stata estesa anche alla citata azienda speciale camerale.

Il piano è aggiornato annualmente, secondo una logica di programmazione scorrevole, tenendo conto dei nuovi obiettivi strategici posti dagli organi di vertice, delle modifiche normative e delle indicazioni fornite dall'Autorità Nazionale Anticorruzione e dall'Unioncamere. Il piano va altresì aggiornato ogni qualvolta emergano rilevanti mutamenti organizzativi dell'amministrazione.

Il Registro del rischio è stato redatto seguendo le linee guida fornite alle Camere di commercio da Unioncamere per tenere in considerazione gli studi svolti a livello nazionale relativi alla probabilità e al possibile impatto sulle diverse ripartizioni camerali derivanti da fenomeni corruttivi.

Gli schemi adottati a livello nazionale sono stati adattati alle esigenze locali tenendo conto delle peculiarità degli uffici e delle ripartizioni della Camera di commercio di Bolzano rispetto ad altre realtà camerali osservate da Unioncamere.

Con un comunicato stampa del 7 dicembre 2020, l'ANAC ha prorogato al 31 marzo 2021 i termini per l'adozione e la pubblicazione del Piano Triennale per la Prevenzione della Corruzione e della Trasparenza 2021-2023 e per la predisposizione e pubblicazione della relazione annuale del RPCT.

ANAC ha inoltre pubblicato lo schema per la redazione annuale del RPCT, confermando quindi anche per l'anno 2021 l'uso facoltativo della piattaforma online per l'acquisizione dei Piani Anticorruzione.

Si precisa, infine, che per le amministrazioni regionali e locali e gli enti sottoposti al loro controllo, come la Camera di commercio di Bolzano, gli adempimenti e i relativi termini previsti dalla legge anticorruzione sono stati definiti in data 24.07.2013 attraverso l'Intesa in sede di Conferenza unificata Governo, Regioni ed Enti locali per l'attuazione della legge 6 novembre 2012, n.190.

## INTRODUZIONE

### 1. INTRODUZIONE: IL CONTESTO ESTERNO E IL CONTESTO INTERNO

---

#### 1.1 Analisi del contesto esterno

Al fine di una puntuale contestualizzazione del presente Piano, risulta opportuno effettuare un rapido accenno allo scenario in cui la Camera opera, leggendolo in relazione ai fattori ambientali che possono maggiormente condizionarne l'integrità, ossia guardando alle dinamiche criminologiche, sociali, culturali ed economiche di contesto che possono incidere sul grado di vulnerabilità dell'Amministrazione rispetto al verificarsi di fenomeni corruttivi. La Regione Autonoma Trentino-Alto Adige è caratterizzata da un tessuto produttivo molto vitale e si colloca tra le regioni europee di maggiore benessere economico ed intraprendenza imprenditoriale

La struttura economica per la quale opera la Camera di Commercio di Bolzano conta oltre 55.000 imprese attive. Una struttura economica basata e cresciuta su una sana concorrenza e corrette relazioni di mercato, costituisce nel contempo il terreno attrattore di infiltrazioni illecite e malaffare. Non è purtroppo facile ricostruire un quadro documentato e statisticamente supportato del livello di vulnerabilità del territorio rispetto a eventi corruttivi o in generale criminosi. Ciò per il motivo che i fenomeni per loro natura si sottraggono all'osservazione nel momento stesso in cui si manifestano (e ciò avviene in particolar modo per i reati di corruzione che si alimentano della complicità tra le parti). I documenti disponibili consentono comunque di richiamare alcune dinamiche rilevanti.

Tra queste lo spostamento al nord, da tempo accertato, di forti interessi economici di stampo criminale, così come l'insediamento nel Nord Italia di basi consolidate di organizzazioni mafiose di vario stampo che traggono il proprio nutrimento dalla forza economica del territorio. Ciò fa sì che il livello di esposizione al rischio corruttivo, tanto per le imprese quanto per le amministrazioni, sia man mano cresciuto nel passare degli anni.

Emergono con sempre maggiore frequenza, in tutto il territorio nazionale, infiltrazioni all'interno della Pubblica Amministrazione e nell'aggiudicazione di lavori pubblici con casi di corruzione che coinvolgono Amministratori pubblici e dirigenti di strutture pubbliche, anche afferenti settori sensibili per la comunità, in particolare quello della sanità. In molti casi giudiziari rilevati, storiche componenti della criminalità mafiosa tradizionale hanno dimostrato di saper sfruttare le opportunità offerte dal territorio per svilupparvi dinamiche criminali legate all'integrazione con l'economia legale, anche anticipandone l'evoluzione, spaziando dalla commissione di reati di apparente "nuova generazione" alla produzione di beni e servizi alla stessa legati. In materia di corretto smaltimento dei rifiuti, a titolo di esempio, diverse attività investigative hanno evidenziato negli ultimi anni vari casi di corruzione, così come nell'ambito del contrabbando e del commercio di prodotti contraffatti.

## 1.2 Analisi del contesto interno

La Camera di commercio è un ente autonomo di diritto pubblico, il cui ordinamento è regolato secondo lo Statuto di autonomia da leggi regionali. Tra i compiti della Camera di commercio di Bolzano rientrano la rappresentanza degli interessi generali dell'economia a favore delle imprese altoatesine, la consulenza ai responsabili dell'amministrazione pubblica, la ricerca economica, la promozione dello sviluppo economico, l'offerta di servizi di carattere economico per le imprese locali e diversi compiti istituzionali.

L'accento è posto sull'autonomia: l'economia decide autonomamente la composizione degli organi camerali e tramite questi il proprio programma di attività.

Tra i compiti principali della Camera di commercio di Bolzano rientrano: la gestione del Registro dell'impres e degli albi professionali, la promozione dello sviluppo economico, la digitalizzazione delle imprese, la registrazione di brevetti e marchi, la tutela dell'ambiente, la sicurezza dei prodotti, il servizio metrico, la gestione della Camera arbitrale, la mediazione e l'emissione dei documenti per il commercio estero.

La Camera di commercio svolge le funzioni di supporto e di promozione degli interessi generali delle imprese operanti nell'ambito della propria circoscrizione territoriale, non attribuite allo Stato, alla Regione ed alla Provincia autonoma. Con gli Enti territoriali della provincia la Camera di commercio instaura rapporti di cooperazione ispirati al criterio della complementarità dell'azione.

### ASSETTO ISTITUZIONALE

#### Presidente

Ha funzioni di rappresentanza legale e sostanziale della Camera, dura in carica cinque anni e può essere rieletto (dal Consiglio).

- rappresenta la Camera verso l'esterno
- convoca e presiede il Consiglio e la Giunta

#### Consiglio

Organo collegiale dell'ente composto da 48 consiglieri, in carica 5 anni, determina l'indirizzo generale della Camera di commercio, ne controlla l'attuazione, adotta gli atti fondamentali attribuiti dalla legge e dallo statuto alla sua competenza:

- elegge il Presidente e la Giunta
- approva lo statuto
- delibera la costituzione di aziende speciali e di sedi decentrate
- determina gli indirizzi generali e il programma pluriennale
- approva il preventivo annuale e bilancio di esercizio

#### Giunta

Organo esecutivo della Camera di commercio, composto da dodici membri eletti dal Consiglio, gestisce le risorse camerali e attua gli indirizzi programmatici fissati dal Consiglio:

- predisporre il preventivo ed il bilancio da sottoporre all'approvazione del Consiglio
- definisce le priorità, gli obiettivi e i programmi specifici da attuare destinando le relative risorse
- verifica il raggiungimento degli obiettivi dell'attività
- esercita tutte le attività non espressamente riservate al Consiglio

#### Revisori dei Conti

- Organo di controllo della Camera di commercio

## 2. IL PROCESSO DI ELABORAZIONE E ADOZIONE DEL P.T.P.C.T.

---

## 2.1. Ruoli e responsabilità

Con deliberazione dd. 22.07.2019, n. 104 il Segretario generale Dr. Alfred Aberer è stato nominato, ai sensi della vigente normativa responsabile della prevenzione della corruzione e della trasparenza (R.P.C.T.). La scelta è ricaduta sul Segretario generale in quanto, da una parte le dimensioni contenute della Camera di commercio di Bolzano l'hanno resa una scelta obbligata, e dall'altra perché il Segretario generale è il soggetto che può svolgere tale compito in modo più efficace e imparziale del dirigente della ripartizione Servizi amministrativi, più coinvolto nelle attività di rischio dell'Ente.

La Camera di commercio è inoltre coadiuvata, in fase di stesura e di verifica dei contenuti del piano, dall'Organismo indipendente di valutazione (OIV), il quale vigila sulla corretta implementazione delle misure previste nel documento ed effettua tutte le verifiche previste per legge nell'ambito della trasparenza amministrativa.

## 2.2. Il coinvolgimento degli stakeholder

La Camera di commercio di Bolzano ha già in essere una strategia integrata per l'ascolto degli stakeholder, che si avvale dei seguenti strumenti:

- contatto costante con i principali stakeholder, assicurato dalla presenza negli Organi camerali dei rappresentanti sul territorio di tutte le categorie economiche oltre che delle Organizzazioni sindacali e dei Consumatori, e interlocuzione con i territori, attraverso le Consulte istituite a livello locale; - monitoraggio periodico e sistematico delle principali tendenze dell'economia del territorio e delle più importanti variabili socio-economiche;
- indagini di customer satisfaction e analisi di efficacia dei servizi, realizzate periodicamente per confrontarsi con gli utenti, rilevarne la percezione e le attese e comprenderne i bisogni, in un'ottica di miglioramento continuo della qualità dei servizi; - giornata della trasparenza.

## 3. AREE DI RISCHIO: METODOLOGIA

---

La "gestione del rischio corruzione" è il processo con il quale si misura il rischio e successivamente si sviluppano le azioni, al fine di ridurre le probabilità che lo stesso rischio si verifichi; attraverso il P.T.P.C.T. si pianificano le azioni proprie del processo, che richiede l'attivazione di meccanismi di consultazione con il personale dedicato, con il coinvolgimento attivo dei referenti che presidiano i diversi ambiti di attività.

Le fasi principali della attività di gestione del rischio sono:

5. mappatura dei processi, fasi e attività relativi alla gestione caratteristica della Camera;
6. valutazione del rischio per ciascun processo, fase e/o attività;
7. trattamento del rischio;
8. monitoraggio.

### Mappatura dei processi

La mappatura consiste nell'individuazione del processo, delle sue fasi e attività, nonché delle responsabilità ad essi legate; deve essere effettuata da parte di tutte le PA, delle società e degli enti di diritto privato controllati e partecipati dalle pubbliche amministrazioni e degli enti pubblici economici per le aree di rischio individuate dalla normativa e dal PNA (Area A: acquisizione e progressione del personale; Area B: contratti pubblici; Area C: provvedimenti ampliativi della sfera giuridica del destinatario privi di effetto economico immediato per il destinatario; Area D: provvedimenti ampliativi della sfera giuridica del destinatario con

effetto economico immediato per il destinatario). Le 4 Aree si articolano nelle Sottoaree e nei processi puntualmente descritti nell'Allegato 2 al P.N.A. 2013 e negli aggiornamenti del P.N.A..

## Valutazione del rischio

La valutazione del rischio deve essere effettuata per ciascun processo, fase e/o attività e comprende:

- l'identificazione del rischio (ricerca, individuazione e descrizione del rischio), mediante consultazione e confronto dei soggetti coinvolti, analizzando i precedenti giudiziari, etc.;
- l'identificazione dei fattori abilitanti;
- l'analisi del rischio;
- la definizione di un giudizio sintetico e della motivazione ad esso legata per decidere le priorità di trattamento.

## Trattamento del rischio

Consiste nella individuazione e valutazione delle misure che devono essere predisposte per neutralizzare o ridurre il rischio di corruzione. A tale scopo, devono essere individuate e valutate le misure di prevenzione, che si distinguono in "obbligatorie" e "ulteriori": per le misure obbligatorie non sussiste alcuna discrezionalità da parte della Pubblica Amministrazione (al limite l'organizzazione può individuare il termine temporale di implementazione, qualora la legge non disponga in tale senso: in questo caso il termine stabilito dal P.T.P.C.T. diventa perentorio), per le ulteriori occorre operare una valutazione in relazione ai costi stimati, all'impatto sull'organizzazione, al grado di efficacia alle stesse attribuito.

A tal proposito A.N.AC., nelle indicazioni per l'aggiornamento del Piano (Determinazione n. 12 del 28.10.2015), precisa che le misure definite "obbligatorie" non hanno una maggiore importanza o efficacia rispetto a quelle "ulteriori" e fa quindi un distinguo fra "misure generali" che si caratterizzano per il fatto di incidere sul sistema complessivo della prevenzione della corruzione intervenendo in materia trasversale sull'intera amministrazione o ente e "misure specifiche" che si caratterizzano per il fatto di incidere su problemi specifici individuati tramite l'analisi del rischio.

## Monitoraggio

Questa fase è finalizzata alla verifica dell'efficacia dei sistemi di prevenzione introdotti; è attuata da tutti i soggetti che partecipano all'intero processo di gestione del rischio.

La verifica dell'attuazione delle misure previste può essere svolta direttamente dal R.P.C.T., coadiuvato dal suo staff, in via ordinaria, verso processi e misure appartenenti ad Aree individuate a rischio e, in via straordinaria, verso processi – a prescindere dalla classificazione del rischio – per i quali siano emerse situazioni di particolare gravità conseguenti a segnalazione di illeciti, interventi della magistratura, etc.

La legge 190/2012 prescrive l'obbligo di aggiornare annualmente il Piano triennale di prevenzione della Corruzione (P.T.P.C.T.).

Come è noto, uno degli elementi portanti del P.T.P.C.T., in base alla normativa vigente e alle indicazioni contenute nel P.N.A. e nei suoi aggiornamenti è rappresentato dall'analisi dei processi per l'individuazione dei possibili rischi di *maladministration* e la conseguente definizione di misure di prevenzione, cioè di misure di mitigazione del rischio: tali misure si distinguono in "obbligatorie", perché contenute in prescrizioni normative, e "ulteriori", caratterizzate, invece, da una valenza organizzativa, incidenti sulla singola unità responsabile del processo interessato o, trasversalmente, sull'intera organizzazione.

Ai fini dell'aggiornamento del P.T.P.C.T., il Responsabile della Prevenzione della Corruzione e della Trasparenza ha promosso, nel corso del 2019, un'azione di estensione e approfondimento dell'attività di analisi e mappatura dei rischi e dei processi in esso descritti, proseguendo il lavoro svolto a partire dall'anno precedente. Le modalità di svolgimento delle attività di analisi sono state improntate al metodo della formazione laboratoriale, con la costituzione di gruppi di lavoro che si sono occupati di:

- confermare, a fronte di un più approfondito esame, i contenuti delle analisi iniziali che hanno permesso di elaborare e approvare l'attuale P.T.P.C.T.;

- mappare tutti i processi e individuare, se ritenuto opportuno e in logica incrementale rispetto al lavoro svolto nelle analisi iniziali, nuove tipologie di processi, relativi rischi e fattori abilitanti;
- per ogni processo, fase e attività, proporre misure obbligatorie e ulteriori;
- per ogni processo, fase e attività a rischio, proporre la valutazione del rischio secondo la metodologia definita dal P.T.P.C.T. di seguito descritta.

### 3.1 Metodologia seguita nel processo di analisi dei rischi

Le logiche legate all'utilizzo delle schede di rilevazione dei rischi di processo partono dalle indicazioni del P.N.A. e dei suoi aggiornamenti, che prevedono di utilizzare i relativi allegati operativi per tener traccia di una serie di variabili utili alla gestione del rischio.

In particolare, le schede utilizzate comprendono le Aree previste dalla normativa e quelle individuate successivamente da ANAC e dalla Camera, seguendo le proprie specificità operative.

Le schede utilizzate per rilevare i punti salienti dell'analisi di ciascuna delle 4 Aree obbligatorie indicate all'Allegato 2 del P.N.A. 2013, e delle Aree Specifiche hanno permesso di approfondire i seguenti aspetti:

- per ciascuna Area, processo, fase/attività, i possibili rischi di corruzione (classificati anche secondo le famiglie indicate da ANAC per il monitoraggio dei P.T.P.C.T. sulla piattaforma creata nel Luglio del 2019). Tali famiglie sono di seguito riportate:
  - A. misure di controllo
  - B. misure di trasparenza
  - C. misure di definizione e promozione dell'etica e di standard di comportamento
  - D. misure di regolamentazione
  - E. misure di semplificazione
  - F. misure di formazione
  - G. misure di rotazione
  - H. misure di disciplina del conflitto di interessi
  - I. altre misure (organizzative, di segnalazione e protezione, di regolazione relazioni con lobbies, etc.)
- per ciascun rischio, i fattori abilitanti (i.e. a) mancanza di misure di trattamento del rischio (controlli); b) mancanza di trasparenza; c) eccessiva regolamentazione, complessità e scarsa chiarezza della normativa di riferimento; d) esercizio prolungato ed esclusivo della responsabilità di un processo da parte di pochi o di un unico soggetto; e) scarsa responsabilizzazione interna; f) inadeguatezza o assenza di competenze del personale addetto ai processi; g) inadeguata diffusione della cultura della legalità; h) mancata attuazione del principio di distinzione tra politica e amministrazione; i) carenze di natura organizzativa - es. eccessivi carichi di lavoro, scarsità di personale, scarsa condivisione del lavoro, etc.; l) carenza di controlli);
- per ciascun processo, fase/attività e per ciascun rischio, le misure obbligatorie e/o ulteriori (denominate specifiche) che servono a contrastare l'evento rischioso;
- le misure generali o trasversali, trattate con riferimento all'intera organizzazione o a più Aree della stessa;
- per ciascun processo e misura il relativo responsabile;
- per ciascuna misura, il relativo indicatore e target di riferimento;
- per ciascuna misura, la tempistica entro la quale deve essere messa in atto per evitare il più possibile il fenomeno rischioso.

Proseguendo nel processo di gestione del rischio, la valutazione del rischio prende spunto dalle indicazioni del nuovo PNA 2019 per la valutazione del grado di rischio dei propri processi. Si è deciso, quindi, di adeguare il presente Piano alle indicazioni del PNA 2019 in merito alla Motivazione della misurazione applicata; a fianco di ogni misurazione e fascia di giudizio si riporta quindi un elemento qualitativo di analisi che permette di comprendere più agevolmente il percorso logico seguito. Lo schema seguito (un esempio) è riportato di seguito:

Giudizio sintetico (valutazione complessiva del livello di esposizione al rischio)	Motivazione della misurazione applicata e dati a supporto
<b>Medio-Alto</b>	Con riferimento a tale processo, il grado di rischio risulta Medio-Alto poiché, considerati i rischi individuati e i fattori abilitanti (mancanza di trasparenza e scarsità di controlli), si tratta di un processo complesso, nel quale sono presenti interessi economici, elevata discrezionalità e impatti significativi sull'immagine della Camera. La Camera adotta opportunamente misure di trasparenza e controllo in fasi caratteristiche del processo analizzato, seguendone le specificità delle fasi.

Le schede utilizzate per la valutazione del rischio richiamano quattro fasce di rischiosità così modulate sulla base dell'esperienza sino ad oggi maturata: BASSO (da 0 a 4), MEDIO (da 4,01 a 9), MEDIO-ALTO (da 9,01 a 14), ALTO (da 14,01 a 25).



### 3.3 Trattamento del rischio

L'ultima fase del processo di gestione del rischio, ossia il trattamento del rischio, è consistita nell'identificazione delle misure da implementare per neutralizzare o, comunque, ridurre quei rischi di fenomeni corruttivi individuati all'esito dell'attività di mappatura e valutazione del rischio

Le Linee Guida ANAC -come già anticipato nell'introduzione- individuano le seguenti misure minime da adottare:

- *codice di comportamento;*
- *trasparenza;*
- *inconferibilità specifiche per gli incarichi di amministratore e per gli incarichi dirigenziali;*
- *incompatibilità specifiche per gli incarichi di amministratore e per gli incarichi dirigenziali;*
- *attività successiva alla cessazione del rapporto di lavoro dei dipendenti pubblici;*
- *formazione;*
- *tutela del dipendente che segnala illeciti;*
- *rotazione o misure alternative;*
- *monitoraggio.*

Nell'adozione di tali misure preventive, si è tenuto in debito conto del sistema di controllo interno esistente.

### 3.4 Le misure anticorruzione generali

Il P.T.P.C.T deve individuare una serie di iniziative ed azioni anticorruzione, aggiornate soprattutto rispetto alle novità introdotte dalla normativa di riferimento e dagli aggiornamenti del PNA.

Di seguito l'elenco delle misure di prevenzione della corruzione che saranno adottate dalla Camera, alcune in continuità con gli anni precedenti ed altre che presentano profili di novità, tenuto conto delle novelle legislative intervenute in materia.

Tipologia di misura (come da PNA 2019)	Misura di prevenzione	Descrizione	Responsabili	Tempi
<b>Imparzialità soggettiva dei funzionari pubblici</b>	Misure sull'accesso / permanenza nell'incarico / carica pubblica (nomine politiche)	Applicazione delle norme in materia di accesso e permanenza nell'incarico	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Triennio 2021 - 2023
<b>Imparzialità soggettiva dei funzionari pubblici</b>	Rotazione straordinaria	Applicazione delle norme in materia di rotazione	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Triennio 2021 - 2023

<b>Imparzialità soggettiva dei funzionari pubblici</b>	Doveri di comportamento: codici di comportamento.	Rispetto del Codice di Comportamento. In particolare: 1. divieto di ricevere regali o altre utilità per dirigenti e dipendenti impegnati nelle attività a più elevato rischio di corruzione; 2. divieto di assumere incarichi di collaborazione remunerati da privati con cui abbiano avuto negli ultimi 2 anni rapporti, anche come responsabili di procedimento, nello svolgimento di attività negoziali o nell'esercizio di poteri autoritativi per conto dell'ente; 3. obbligo di segnalare la presenza di una condizione di conflitto di interessi anche potenziale; 4. divieto di sfruttare, menzionare, la posizione ricoperta per ottenere utilità; 5. divieto di assumere comportamenti che possano nuocere all'immagine della Camera; 6. utilizzo dei beni e delle strutture, dei materiali e delle attrezzature, mezzi di trasporto, linee telefoniche e telematiche della Camera esclusivamente per ragioni di ufficio nel rispetto dei vincoli posti dalla Camera; 7. il dipendente, nei rapporti con i destinatari della propria attività, conforma le sue azioni e i suoi comportamenti alla massima educazione, correttezza, completezza e trasparenza delle informazioni.	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Triennio 2021 - 2023
<b>Imparzialità soggettiva dei funzionari pubblici</b>	Misure di disciplina del conflitto di interessi	- astensione dall'adozione di pareri, di valutazioni tecniche, di atti endoprocedimentali e del provvedimento finale da parte di soggetti che si trovino in situazioni nelle quali vi sia conflitto di interessi. - le modalità di valutazione e segnalazione della situazione di conflitto sono disciplinate dal codice etico portato a conoscenza di tutti i destinatari. - Applicazione delle norme in materia di conflitto di interessi	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Triennio 2021 - 2023
<b>Imparzialità soggettiva dei funzionari pubblici</b>	Misure di inconfiribilità / incompatibilità	Applicazione delle norme in materia di inconfiribilità / incompatibilità	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Triennio 2021 - 2023
<b>Imparzialità soggettiva dei funzionari pubblici</b>	Misure di prevenzione del fenomeno della corruzione nella formazione di commissioni e nelle assegnazioni agli uffici	Applicazione del codice di comportamento e delle norme in materia di formazione di commissioni e nelle assegnazioni agli uffici	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Triennio 2021 - 2023
<b>PTPCT e formazione</b>	Misure di formazione	- Formazione generale, rivolta a tutti i dipendenti, e mirata all'aggiornamento delle competenze e alle tematiche dell'etica e della legalità - Formazione specifica rivolta all'RPCT, ai referenti, ai componenti degli organismi di controllo, ai dirigenti e funzionari addetti alle aree a rischio, mirato a valorizzare le politiche, i programmi e gli strumenti utilizzati per la prevenzione e ad approfondire tematiche settoriali, in relazione al ruolo svolto da ciascun soggetto nella Camera - Formazione sulle fasi e competenze necessarie a formulare il PTPCT e i suoi aggiornamenti	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Triennio 2021 - 2023
<b>PTPCT e rotazione ordinaria</b>	Misure di rotazione	Per la struttura della Camera, l'applicazione di procedure di rotazione risulta essere inattuabile, per le ridotte dimensioni della Camera. Come indicato dall'ANAC nella determinazione n. 8/2015 e nel PNA 2019, in alternativa alla rotazione, è assicurata la distinzione delle competenze (cd. "segregazione delle funzioni") che attribuisce a soggetti diversi i compiti di: a) svolgere istruttorie e accertamenti; b) adottare decisioni; c) attuare le decisioni prese; d) effettuare verifiche."	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Triennio 2021 - 2023

<b>Trasparenza</b>	Misure di trasparenza	<ul style="list-style-type: none"> <li>- rispetto degli obblighi di pubblicazione previsti dal D.Lgs. n.33/2013.</li> <li>- rispetto delle disposizioni in materia di pubblicità previste dal codice di cui al D.Lgs. 50/2016;</li> <li>- rispetto del D.Lgs. 97/2016 - Revisione e semplificazione delle disposizioni in materia di prevenzione della corruzione, pubblicità e trasparenza, correttivo della legge 6 novembre 2012, n. 190 e del decreto legislativo 14 marzo 2013, n. 33, ai sensi dell'articolo 7 della legge 7 agosto 2015, n. 124, in materia di riorganizzazione delle amministrazioni pubbliche</li> <li>- pubblicazione delle informazioni relative agli incarichi, ai procedimenti (es. di aggiudicazione) e ai bilanci nel sito internet (costituisce il metodo fondamentale per il controllo, da parte del cittadino e/o utente, delle decisioni nelle materie a rischio di corruzione disciplinate dal presente Piano).</li> </ul>	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Triennio 2021 - 2023
<b>Whistleblowing</b>	Misure di segnalazione e protezione	Garantire il rispetto dell'art. 54 bis D.Lgs. 165/2001 in materia di tutela della riservatezza di chi effettua segnalazioni in modo da escludere penalizzazioni e, quindi, incentivare la collaborazione nella prevenzione della corruzione.	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Triennio 2021 - 2023
<b>Controllo</b>	Misure di controllo	<ul style="list-style-type: none"> <li>- effettuazione dei controlli sulle attività della Camera con modalità che assicurino anche la verifica dell'osservanza delle disposizioni vigenti in materia di prevenzione e contrasto della corruzione e, in particolare, dell'applicazione delle misure previste dal presente Piano.</li> <li>- nella redazione dei provvedimenti finali i Dirigenti ed i Responsabili competenti devono porre la massima attenzione nel riportare in premessa la motivazione completa ed esauriente, indicante i presupposti di fatto e le ragioni giuridiche che hanno determinato la decisione della Camera, in relazione alle risultanze dell'istruttoria, in modo da consentire a chiunque di comprendere appieno il contenuto dei provvedimenti.</li> </ul>	Dr. Alfred Aberer Dr. Luca Filippi	Triennio 2021 - 2023

### 3.5 Obiettivi strategici

Il concetto di corruzione da prendere come riferimento per la definizione del presente P.T.P.C.T. ha un'accezione ampia, essendo comprensivo delle diverse situazioni in cui sia riscontrabile l'abuso da parte di un soggetto del potere/funzione a lui affidato al fine di ottenere vantaggi privati. Le situazioni rilevanti comprendono, infatti, non solo l'intera gamma dei delitti contro la Pubblica Amministrazione disciplinati nel Libro II, Titolo II, Capo I del codice penale, ma anche le situazioni in cui, a prescindere dalla rilevanza penale, si rilevi un malfunzionamento dell'amministrazione a causa dell'uso a fini privati delle funzioni attribuite, ovvero l'inquinamento dell'azione amministrativa *ab externo*, sia che tale azione abbia successo sia nel caso in cui rimanga a livello di tentativo.

Nello specifico, sulla base delle considerazioni generali che precedono, si intende:

- evidenziare come la Camera abbia adottato le misure anticorruzione previste dalla normativa di riferimento;
- dare attuazione agli adempimenti previsti dalla normativa vigente;
- prevenire i fenomeni di corruzione in merito ai comportamenti in cui è ravvisabile un abuso del potere/funzione attribuita al personale della Camera preordinato a trarne un vantaggio privato personale.

A tal riguardo, come espressamente previsto dall'art. 1, co. 8, della Legge n. 190/2012, modificata dal D. Lgs. n. 97/2016 (c.d. Decreto FOIA), la Camera, nell'approvare il presente Piano ritiene che gli obiettivi strategici in materia di anticorruzione e trasparenza per l'anno 2021, e per gli anni successivi, consistano nel:

- Stipulazione di protocolli d'intesa con il Commissariato del Governo e con le Forze dell'Ordine per contrastare il fenomeno corruttivo e dell'infiltrazione criminale nel tessuto economico locale.
- Acquisizione dichiarazioni su eventuali cause di inconfiribilità/incompatibilità
- Approvazione del piano anticorruzione con deliberazione della Giunta Comunale e relativi aggiornamenti.
- Avvio e implementazione del sistema dei controlli interni.
- Pubblicazione nella sezione Amministrazione trasparente di tutte le informazioni e i documenti previsti dalle disposizioni di legge vigenti.
- Supporto all'Organismo indipendente di valutazione (OIV) nell'attività di monitoraggio sull'adempimento degli obblighi di controllo e di pubblicazione.
- Organizzazione di attività formative sulle tematiche dell'anticorruzione, codice di comportamento, trasparenza e legalità.

## 5 MONITORAGGIO E AGGIORNAMENTO DEL PIANO

### 5.1 Monitoraggio effettuato dalla Camera

La gestione del rischio si completa con l'azione di monitoraggio, che comporta la valutazione del livello di rischio tenendo conto delle azioni di risposta, ossia delle misure di prevenzione introdotte. Tale fase, attuata dagli stessi soggetti che partecipano al processo di gestione del rischio, è finalizzata alla verifica dell'efficacia dei sistemi di prevenzione adottati e alla successiva messa in atto di ulteriori strategie di prevenzione.

Il Responsabile della prevenzione della corruzione effettua il monitoraggio dell'attuazione del Piano di prevenzione della corruzione attuando processi infrannuali di riscontro dell'idoneità dello stesso.

### 5.2 Ruolo dell'OIV

Dal D. Lgs. 97/2016 risulta l'intento di creare maggiore comunicazione tra le attività del R.P.C.T. e quelle dell'O.I.V., al fine di sviluppare una sinergia tra gli obiettivi di performance organizzativa e l'attuazione delle misure di prevenzione. L'O.I.V. ha la facoltà di richiedere al R.P.C.T. informazioni e documenti necessari per lo svolgimento dell'attività di controllo di sua competenza (art. 41, comma 1 lett. h), D. Lgs. 97/2016). Come

previsto dall'art. 41, comma 1, lett. l), del D. Lgs. 97/2016, la Relazione annuale del R.P.C.T., recante i risultati dell'attività svolta, da pubblicare nel sito web, è trasmessa, oltre che all'Organo di indirizzo dell'Amministrazione, anche all'O.I.V.

### 5.3. Attività di Reporting verso il Responsabile della prevenzione della corruzione e della trasparenza

Il Responsabile della prevenzione della corruzione nell'espletamento delle funzioni attribuitegli, al fine di prevenire e controllare il rischio derivante da possibili atti di corruzione, può:

- richiedere in qualsiasi momento, d'iniziativa o su segnalazione del Responsabile di ciascuna struttura, ai dipendenti che hanno istruito il provvedimento finale, di dare per iscritto adeguata motivazione circa le circostanze di fatto e le ragioni giuridiche che sottendono all'adozione del provvedimento;
- verificare in ogni momento e chiedere delucidazioni per iscritto e verbalmente a tutti i dipendenti su comportamenti che possano integrare anche solo potenzialmente corruzione e illegalità;
- chiedere in ogni momento, procedendo anche a ispezioni e verifiche presso gli uffici della Camera, ai Responsabili delle strutture informazioni circa i termini di conclusione dei procedimenti amministrativi di propria competenza;
- effettuare in qualsiasi momento, ispezioni e verifiche presso ciascun ufficio della Camera al fine di procedere al controllo del rispetto delle condizioni di correttezza e legittimità dei procedimenti in corso o già conclusi.

Il Responsabile della prevenzione della corruzione può tenere conto di segnalazioni non anonime provenienti da eventuali portatori di interesse, sufficientemente circostanziate, che evidenzino situazioni di anomalia e configurino la possibilità di un rischio probabile di corruzione.

### 5.4. Relazione annuale sulle attività svolte

Ai sensi dell'art. 1 comma 14 della Legge 190/2012, come sostituito dall'art. 41 del D. Lgs. 97/2016, entro il 15 dicembre di ogni anno il Responsabile della prevenzione della corruzione e della trasparenza trasmette all'Organismo indipendente di valutazione e all'Organo di indirizzo dell'Amministrazione una relazione recante i risultati dell'attività svolta.

## 6. SEZIONE TRASPARENZA

### 6.1 Premessa

La legge regionale 29 ottobre 2014, n. 10, modificata con legge regionale 15 dicembre 2016, n. 16, ha previsto gli obblighi di pubblicità, trasparenza e diffusione di informazioni da parte delle pubbliche amministrazioni individuate dalla legge 6 novembre 2012, n. 190, recependo le disposizioni contenute nel decreto legislativo 14 marzo 2013, n. 33 e successive modificazioni, ad eccezione, del comma 1-bis dell'articolo 12, dell'articolo 15, dell'articolo 29, dell'articolo 32, degli articoli da 35 a 41 e del primo periodo dell'articolo 44.

Con deliberazione del Consiglio di amministrazione dell'Istituto dd. 25.10.2016, n. 13 la validità del suddetto documento è stata estesa anche alla citata azienda speciale camerale.

La suddetta legge regionale non prevede l'approvazione di un piano per la trasparenza. La Camera di commercio di Bolzano ha comunque ritenuto opportuno adeguarsi alle disposizioni contenute nel decreto legislativo 25 maggio 2016, n. 97, inserendo in questa sezione le direttrici lungo le quali si svilupperanno le azioni necessarie al fine di garantire la trasparenza così come previsto dalla legge e viene pubblicato sul sito internet dell'Ente.

L'attività dell'Ente negli anni 2021 – 2023 è concentrata principalmente nel consolidamento e nell'aggiornamento dell'area „Amministrazione trasparente“ sul sito internet della Camera di commercio di Bolzano ai sensi delle leggi regionali n. 10/2014 e n. 16/2016.

## 6.2 Misure per l'attuazione degli obblighi di trasparenza

La Camera di commercio di Bolzano è tenuta ad assicurare la qualità delle informazioni riportate nel sito istituzionale nel rispetto degli obblighi di pubblicazione previsti dalla legge, assicurandone l'integrità, il costante aggiornamento, la completezza, la tempestività, la semplicità di consultazione, la comprensibilità, l'omogeneità, la facile accessibilità, nonché la conformità ai documenti originali in possesso dell'amministrazione, l'indicazione della loro provenienza e la riutilizzabilità.

Il presente Piano, a seguito dell'entrata in vigore del D.Lgs. 97/2016, apportante modifiche al D.Lgs. 33/2013, ha assorbito i contenuti del vecchio PTTI (programma Triennale per la Trasparenza e l'Integrità) e contiene i meccanismi tali da garantire quindi che i documenti e gli atti oggetto di pubblicazione obbligatoria siano quindi pubblicati nel modo di seguito specificato:

- in forma chiara e semplice, tali da essere facilmente comprensibili al soggetto che ne prende visione;
- completi nel loro contenuto, e degli allegati costituenti parte integrante e sostanziale dell'atto;
- con l'indicazione della loro provenienza, e previa attestazione di conformità all'originale in possesso dell'amministrazione;
- tempestivamente e comunque non oltre 3 giorni dalla loro efficacia;
- per un periodo di 5 anni, decorrenti dal 1° gennaio dell'anno successivo a quello da cui decorre l'obbligo di pubblicazione. Gli atti che producono i loro effetti oltre i 5 anni, andranno comunque pubblicati fino alla data di efficacia. Allo scadere del termine sono comunque conservati e resi disponibili all'interno di distinte sezioni di archivio.
- in formato di tipo aperto ai sensi dell'articolo 68 del Codice dell'amministrazione digitale, di cui al D.Lgs. 82/2005 e saranno riutilizzabili ai sensi del D.Lgs. 196/2003, senza ulteriori restrizioni diverse dall'obbligo di citare la fonte e di rispettarne l'integrità.

## 6.3 Vigilanza e monitoraggio sugli obblighi in materia di trasparenza

Il Responsabile della trasparenza e l'Organismo indipendente di valutazione OIV effettuano il monitoraggio dell'attuazione della sezione del Piano di prevenzione della corruzione dedicato alla trasparenza, attuando processi infrannuali di riscontro dell'idoneità dello stesso.

